

Fragen

für die Fragestunde der 45. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. Juli 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 65
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	18, 19	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	1
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	6, 7	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 63
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 62
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	56, 57	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	20, 21
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	49	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	47, 48	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 46	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	54
Höger, Inge (DIE LINKE.)	4, 5	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 55	Selle, Johannes (CDU/CSU)	23, 24
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	3, 53	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	10	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	16, 17
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	14, 15	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 64
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 60	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	29, 30
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	14
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	15

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)

Welche Projekte oder Initiativen zur zivilen Konfliktbearbeitung sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der Republik Moldau vorhanden, um auf zivilgesellschaftlicher Ebene zum Dialog zwischen der moldauischen Bevölkerung und der Bevölkerung des abtrünnigen Landesteils Transnistrien beizutragen, und inwieweit werden zivilgesellschaftliche Initiativen zur Lösung des Transnistrienproblems durch die Bundesregierung konkret unterstützt (bitte ggf. nach Projekt und Fördervolumen aufschlüsseln)?
2. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche neuen Informationen liegen der Bundesregierung zum Verbleib des deutsch-syrischen Doppelstaatlers M. H. Z. vor, in dessen Fall sie nach eigenem Bekunden (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/10606) mehrfach bei der syrischen Regierung interveniert hat?
3. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche einzelnen „Fragen zu einer möglichen Beteiligung deutscher Standorte der US-Streitkräfte bei Einsätzen von unbemannten Flugzeugen“ hat die Bundesregierung an die US-Regierung gerichtet (Bundestagsdrucksache 18/1506; bitte angeben, welche deutsche Behörde das Ersuchen zu welchem Zeitpunkt übermittelte und welche es entgegennahm), und aus welchem Grund geht die Bundesregierung trotz der 13-monatigen Nichtbeantwortung ähnlicher Fragekataloge des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz davon aus, dass tatsächlich Antworten eingehen bzw. auf welche Weise wird sie entsprechenden, auch politischen Druck ausüben?
4. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Welche Pläne hat die Bundesregierung bezüglich Art und Umfang ihrer Hilfsleistungen an Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien für den Wiederaufbau nach den dortigen Überschwemmungen und Erdbeben von Mitte Mai 2014?
5. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Welche Hilfsleistungen sind bereits an Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien für den Wiederaufbau nach den dortigen Überschwemmungen und Erdbeben erbracht worden?

6. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat sich die Bundesregierung gegenüber der türkischen Regierung bzw. dem Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan dafür eingesetzt, dass Artikel 11 des Gesetzes Nr. 3359 aufgehoben werden muss, der medizinische Nothilfe unter Strafe stellt, so dass auch ein Jahr nach den Gezi-Protesten Ärztinnen und Ärzte, die Verletzte in Notzentren medizinisch versorgten, strafrechtlich verfolgt werden oder anderweitig sanktioniert werden, und inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass mehr als 5 500 Personen wegen der Teilnahme und Organisation der Gezi-Park-Proteste strafrechtlich verfolgt werden, bisher aber nur fünf Polizisten vor Gericht gestellt wurden und zwei weitere auf ihr Verfahren warten, obwohl 8 000 Personen während der Proteste verletzt wurden und vier Menschen als direkte Folge des brutalen Vorgehens der Polizei gestorben sind (www.amnesty.org/en/library/asset/EUR44/010/2014/en/82acd54b-cb1a-4918-be8c-64c528ab1467/eur440102014en.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit gibt es derzeit bei der Bundesregierung Überlegungen, deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte (PVB) des Bundes und der Länder im Rahmen der von den Außenministern der Europäischen Union am 23. Juni 2014 beschlossenen Entsendung von Polizeiberatern in die Ukraine, die bei einer so genannten Sicherheitssektorreform, vor allem der Polizei, helfen sollen, zu beteiligen (bitte unter Angabe von Umfang, Aufgaben, Zielregion)?
8. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der Forschungsauftrag und wer wurde vom Bundesministerium des Innern mit der von der „Jerusalem Post“ genannten Studie zum Antisemitismus und Antizionismus beauftragt (siehe Jerusalem Post, 13. Juni 2014, www.jpost.com/Jewish-World/Jewish-News/Germany-to-conduct-study-on-anti-Semitism-anti-Zionism-358229)?
9. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen „Trade in Services Agreement“ (TiSA) auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern haben?

10. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Aus welcher Behörde war der Beamte an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeordnet worden, der mit rassistischen Ausfällen aufgefallen ist (MIGAZIN vom 27. Juni 2014: „BAMF schiebt Mitarbeiter ab, das Problem bleibt“), und welche Funktion genau übt er dort aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

11. Abgeordnete
**Renate
Künast**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz haben?
12. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Anträgen der VG Media (Gesellschaft zur Verwertung der Urheber- und Leistungsschutzrechte von Medienunternehmen mbH) auf Zahlung einer angemessenen Vergütung wegen der Verwertung des Presseleistungsschutzrechtes durch Google?
13. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Anlass sieht die Bundesregierung, dass eine Überarbeitung der gesetzlichen Bestimmungen des Leistungsschutzrechtes für Presseverlage zu überarbeiten oder zumindest zu überprüfen sei, wie es der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, am 25. Juni 2014 geäußert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordnete
**Susanna
Karawanskij**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch wäre die maximale Summe in Euro, die bei Feststellung eines Sicherungsbedarfs gemäß dem Entwurf des Lebensversicherungsreformgesetzes durch das Kürzen von Bewertungsreserven aus festverzinslichen Wertpapieren pro Jahr zusammenkommen und in den Versicherungsunternehmen verbleiben würde, und wie hoch ist insgesamt die

Zinszusatzreserve der Versicherungsunternehmen, welche seit dem Jahr 2011 gebildet werden muss und die aus Kapitalerträgen finanziert wird?

15. Abgeordnete
**Susanna
Karawanskij**
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem Problem, dass im Zuge des Lebensversicherungsreformgesetzes der Anspruch auf Beteiligung an den Bewertungsreserven aus festverzinslichen Wertpapieren vermindert werden kann, ohne dass die so genannte Ausschüttungssperre greift, weil § 56a Absatz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (neu) nur Dividendenausschüttungen umfasst, nicht jedoch beispielsweise Gewinnabführungsverträge innerhalb einer Holding, d. h., es werden Gewinne abgeführt, die aber keine Dividendenzahlungen sind, und wie hoch wäre die maximale Summe in Euro einer im Falle eines festgestellten Sicherungsbedarfs zurückgehaltenen Bilanzgewinn- bzw. Dividendenausschüttung der jeweiligen Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften?
16. Abgeordneter
**Dr. Axel
Troost**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, inwieweit einzelne Bundesländer die Aussetzung der Vollziehung hinsichtlich der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung von Hoteleinkäufen bei Reiseveranstaltern gewähren, und unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, dass bezüglich des geschilderten Sachverhalts keine rückwirkenden Zahlungen erhoben werden sollen (vgl. NWB, Nr. 25 vom 16. Juni 2014, S. 1858)?
17. Abgeordneter
**Dr. Axel
Troost**
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Anstieg der Zahl der eigenständigen Prüfungen durch das Bundeszentralamt für Steuern in den Jahren 2010 bis 2012 (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 54 auf Bundestagsdrucksache 18/729), und inwieweit befürwortet die Bundesregierung, dass der Bund ein eigenständiges Prüfungsrecht erhält, welches über das geltende Prüfungsinitiativrecht nach § 19 Absatz 1 Satz 2 des Finanzverwaltungsgesetzes hinausgeht?

18. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Für welche Sachverhalte kann nach Aussage der Bundesregierung die Wirtschaft das so genannte ersetzende Scannen einsetzen, und welche Anforderungen stellen die Finanzämter hinsichtlich des Umgangs mit elektronischen Rechnungen an die Aufbewahrung von Belegen sowohl in Papierform als auch digital?
19. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Vorschläge zu Digitalisierung und elektronischer Aufbewahrung bzw. Archivierung von Belegen (einschließlich Vernichtung von Originalbelegen) gibt es seitens der Bundesregierung, und wann ist beabsichtigt, sie in das gesetzliche bzw. untergesetzliche Regelwerk aufzunehmen?
20. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Inwieweit existieren zwischen Brasilien und Deutschland im Hinblick auf die Fußballweltmeisterschaft Absprachen hinsichtlich der Vermeidung von Doppelbesteuerung bei Personen, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind und in Brasilien infolge der Fußballweltmeisterschaft Einkünfte erzielen, und inwieweit führen Besuche von Mitgliedern der Bundesregierung zu den Veranstaltungen an der Fußballweltmeisterschaft zu steuerpflichtigen Einkünften infolge einer privaten Mitveranlassung?
21. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Mit welchen steuerlichen Mindereinnahmen ist im Kassenjahr 2014 für die Einkommensteuer und den Solidaritätszuschlag zu rechnen, wenn der Einkommensteuertarif dahin gehend verändert wird, dass der bisherige Tarifeckwert zu Beginn der zweiten Progressionszone von 13 470 Euro auf 14 500 Euro verschoben wird (bei identischem Grenzsteuersatz von 23,97 Prozent) und alle weiteren Parameter unverändert bleiben, und wie steht die Bundesregierung zu der Ansicht, dass sich durch die isolierte Anhebung des Grundfreibetrags in 2014 der Progressionsgrad zwischen dem Grundfreibetrag und dem ersten Tarifeckwert verschärft hat?
22. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

23. Abgeordneter
**Johannes
Selle**
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass nicht nur das öffentlich-rechtliche, sondern auch das Privatfernsehen barrierefreier wird, und was unternimmt das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für dieses Ziel?
24. Abgeordneter
**Johannes
Selle**
(CDU/CSU)
- Welche Perspektiven gibt es aus Sicht des BMAS für eine weitere Verbesserung der Barrierefreiheit für seh- und hörgeschädigte Menschen?
25. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge auf Förderleistungen aus dem Programm MobiPro-EU, die bis zum 8. April 2014 gestellt wurden, wurden bisher noch nicht abschließend bearbeitet, bewilligt bzw. sind weiterhin ruhend gestellt, und wie erklärt die Bundesregierung sich die teils wochenlangen Verzögerungen bei der Zustellung der Verträge, von denen Träger immer wieder berichten?
26. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchem Stand befinden sich die Abstimmungen des Entwurfs einer neuen Förderrichtlinie, und wann wird die Förderrichtlinie veröffentlicht?
27. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen sind vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in Rente gegangen (Rentenzugang 2012), und welche Mehreinnahmen für die Sozialkassen gäbe es hypothetisch pro Jahr, wenn all diese Personen weiterhin ihrer zuletzt ausgeübten Beschäftigung bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter nachgegangen wären?
28. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie würde sich die Rente derjenigen Beschäftigten erhöhen, die bereits eine Altersrente beziehen, wenn dem Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung im Gegensatz zum Status quo entsprechende Leistungen gegenüberstünden?

29. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die zentralen Gründe für die schlechten Arbeitsmarktchancen von Langzeiterwerbslosen, auf die auch die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, in ihrer Rede zum Bundeshaushalt 2014 am 25. Juni 2014 eingegangen ist (bitte anders beantworten als in der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 65 auf Bundestagsdrucksache 18/1742, diesmal bitte konkret beantworten mit der Nennung zentraler Gründe und nicht auf allgemeine Publikationen verweisen), und inwiefern lassen sich die Werte für die zurückgehenden Abgangsraten in Erwerbstätigkeit für Kurz- und Langzeitarbeitslose noch für bestimmte Personengruppen aufgliedern (wenn möglich, bitte diese Werte für die Jahre 2009 bis 2013 nennen)?
30. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich seit dem Jahr 2010 bis heute die berufliche Weiterbildung im Rechtskreis des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch entwickelt, in dem sich der Großteil aller Langzeitarbeitslosen befindet (bitte jährliche Daten zur Höhe der verausgabten Gelder sowie zur Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen, wenn möglich auch für abschlussbezogene Maßnahmen, nennen), und ist nach Ansicht der Bundesregierung die Förderung und Unterstützung in diesem Bereich ausreichend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

31. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind die Rückstandshöchstgehalte für Pestizide nach Kenntnis der Bundesregierung in den USA überwiegend höher oder niedriger als in der Europäischen Union (EU), und welche Mechanismen werden nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der bei dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) geplanten Harmonisierung der Rückstandshöchstgehalte verankert, um eine künftige Erhöhung der Rückstandshöchstgehalte und damit eine Senkung des Verbraucherschutzniveaus in der EU auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

32. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche NATO-Gremien werden zu den nuklearen Entwicklungen in den NATO-Nuklearwaffenstaaten unterrichtet (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 38 auf Bundestagsdrucksache 18/1789; bitte einzeln auflisten, mit Angabe der jeweiligen deutschen Vertreterinnen und Vertreter), und wann hat es Unterrichtungen über das US-amerikanische Modernisierungsprogramm der B61-12 gegeben (bitte alle Unterrichtungen mit Datum, Ort und deutschen Vertreterinnen und Vertretern angeben)?
33. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was waren die Inhalte der Unterrichtungen zu den nuklearen Entwicklungen in den NATO-Nuklearwaffenstaaten (bitte jeweils einzeln detailliert aufschlüsseln), und welche konkreten Unterrichtungen über das in Frage 32 angesprochene Modernisierungsprogramm hat es in Bezug auf die in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen gegeben (bitte jeweils unter Angabe des Datums und Ortes der Unterrichtung einzeln aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

34. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

35. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht in der „Rheinischen Post“ vom 26. Juni 2014 zum Missbrauch von Patientendaten?

36. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die relevanten Institutionen im Gesundheitswesen und speziell die Krankenkassen zu wirksamen und einheitlichen Verfahren zum Schutz vor Identitätsdiebstahl insbesondere in Callcentern und Onlinefilialen zu verpflichten, und wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?
37. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Sieht die Bundesregierung unterschiedliche Schutzhöhen für Patientendaten, die in Umsetzung des § 305 Absatz 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Auskünfte an Versicherte) verarbeitet werden und solchen, die künftig in der Telematikinfrastruktur verarbeitet werden, und wenn ja, auf welche Weise will die Bundesregierung hier für ein einheitliches und wirksames Schutzniveau sorgen?
38. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen hat das TiSA nach Auffassung der Bundesregierung auf Finanzierung und Versorgungsstrukturen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und insbesondere auf kommunale Krankenhäuser?
39. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

40. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesamtausbaus der Intercity-Express-Strecke Berlin–München auf den Weiterbetrieb einzelner Bahnhaltepunkte auf der Strecke?
41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

42. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Drosselkörper des gleichen Typs, wie die unlängst defekten im Atomkraftwerk (AKW) Grohnde, oder solche, bei denen die Federn aus dem gleichen Werkstoff wie dem der defekten Drosselkörper-Federn im AKW Grohnde sind, befinden sich jeweils in den sieben noch zum Leistungsbetrieb berechtigten deutschen Druckwasserreaktoren (es wird explizit nach der konkreten Anzahl gefragt; vgl. Nichtangabe der Anzahl auf meine Mündliche Frage 24, Plenarprotokoll 18/38, Anlage 18), und gegebenenfalls welche jeweiligen Worst-Case-Abschätzungen liegen etwaigen aufsichtlichen Zustimmungen bzw. Duldungen zum aktuellen Weiterbetrieb derjenigen deutschen AKW zugrunde, in denen entsprechende Drosselkörper (also gleicher Typ oder mit Federn aus gleichem Werkstoff) im Einsatz sind – vor dem Hintergrund, dass laut Plenarprotokoll 18/38, Anlage 18 Schadensursache und -mechanismus noch unklar sind (ggf. wird um spezifische Angabe für jede etwaig betroffene Anlage gebeten)?
43. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen für dieses Jahr noch geplanten Treffen zwischen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten François Hollande soll das AKW Cattenom Gegenstand sein (bitte mit Angabe des Kalenderdatums aller bislang geplanten Termine), und inwiefern war der Beobachterbericht zum Stresstest für das AKW Cattenom von Dieter Majer in der Amtszeit des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy Gegenstand hochrangiger Kontakte zwischen dem Élysée-Palast und dem Bundeskanzleramt (bitte mit Angabe des Datums)?
44. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung Vorschläge zu Änderungen am Wasserhaushaltsgesetz in Bezug auf Fracking vorlegen, und was werden die Vorschläge beinhalten?
45. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen konkreten Zeitplan hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, mit der Aussage gemeint, in „absehbarer Zeit“ einen Gesetzentwurf zum Fracking vorzulegen (siehe epd-Meldung

„Hendricks: Gesetzentwurf zu Fracking erst in ‚absehbarer Zeit‘“ vom 25. Juni 2014), und welche konkrete Regelung plant die Bundesregierung zu verabschieden, nach der laut Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks „das betriebswirtschaftliche Interesse am Fracking nicht mehr vorhanden sein wird“ (siehe ebenfalls epd-Meldung „Hendricks: Gesetzentwurf zu Fracking erst in ‚absehbarer Zeit‘“ vom 25. Juni 2014)?

46. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit haben?
47. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Was hat der Bund seit dem Hochwasser im Jahr 2002 für den Schutz des Oberen Elbtals vor Hochwasser getan, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Sächsischen Landesregierung, dass ein angemessener Hochwasserschutz im Oberen Elbtal nicht möglich ist, also die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden von Schmilka bis Pirna/Heidenau auch künftig extremem Hochwasser schutzlos ausgeliefert sind (siehe „Trübe Aussichten fürs Obere Elbtal“ in Sächsische Zeitung vom 6. Juni 2014)?
48. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Sächsischen Landesregierung, dass mit einem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zum gemeinsamen Schutz der Elbe vor Hochwasser erst in 30 Jahren zu rechnen sei (siehe „Trübe Aussichten fürs Obere Elbtal“ in Sächsische Zeitung vom 6. Juni 2014), und welche Ergebnisse kann die Bundesregierung, unter anderem durch ihre Mitwirkung in der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe, vorweisen, um gemeinsam mit der Tschechischen Republik einen wirksameren Schutz der Anrainer vor Hochwasser im Einzugsbereich der Elbe im Freistaat Sachsen zu erzielen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

49. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

50. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

51. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) etwa im Rahmen eines Programms namens RAMPART-A unter Führung der National Security Agency (NSA) mit Dänemark sowie 31 weiteren Staaten sowie Telekommunikationsunternehmen zusammenwirkt beim wechselseitigen Anzapfen(-lassen) von Telekommunikationsleitungen und/oder einer gleichgerichteten Kooperation namens WHARPDRIVE mit der NSA sowie einem dritten Partner (vgl. Dagbladet Information, 19. Juni 2014), und welche Auskünfte gibt die Bundesregierung über die (ggf.) beteiligten Staaten, Unternehmen, Partner sowie über Anzapfpunkte, Dauer und Umfang der Kooperationen?
52. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass der frühere Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Klaus-Dieter Fritsche, am 10. Januar 2012 den Direktor der NSA bat, zu helfen bei der Überwachung von Skype-Kommunikation mithilfe maßgeschneiderter Angriffe auf einzelne Computer – so wie praktiziert durch

die NSA und in Deutschland zuvor per sog. Staats-trojaner –, woraufhin die US-Seite auf diesbezüglichen Datenaustausch auch mit FBI und CIA unter US-Führung drängte (SPIEGEL ONLINE, 18. Juni 2014, NSA-Dokument Nr. 33993 vom 8. Januar 2007), und welche deutschen Unternehmen und Einrichtungen (außer BASF, der Deutschen Bank, DHL, EADS, Mercedes Benz, Rohde & Schwarz, Siemens) ließ die Bundesregierung (dem NSA-Dokument Nr. 34024 zufolge, SPIEGEL ONLINE a. a. O.) auf einer Sperrliste schützen vor Kommunikationsüberwachung durch die gemeinsame technische Aufklärung von NSA und BND in Bad Aibling (JAS) und DISHFIRE?

53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, dass unter den durch den BND an die US-amerikanische NSA weitergegebenen Rohdaten, die Medienberichten zufolge an einem Internetknotenpunkt abgefangen wurden (Tagesschau, 25. Juni 2014), keine Daten deutscher Staatsbürger beinhaltet (bitte hierfür auch mitteilen, an welchen Internetknoten oder Auslandsköpfen die Daten abgefangen wurden), und weshalb wurde dem Fragesteller diese nun bekannt gewordene Weitergabe trotz expliziter Nachfrage in öffentlichen und geheimen Teilen früherer Anfragen ausdrücklich verschwiegen (hierzu exemplarisch Bundestagsdrucksache 17/14714)?
54. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich der Staatsministerin für Kultur und Medien haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

55. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag im Rahmen der Informations- und Beteiligungspflichten zeitnah und schriftlich über die TTIP-Vertragsentwürfe unterrichten, die ihr laut Europäischer Kommission in dem unmittelbar vor der Einrichtung stehenden „Leseraum“ zugänglich gemacht werden, und wenn nein, auf welcher rechtlichen Grundlage bewegt sie sich bei der Nichtweitergabe der Informationen?

56. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wird das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP) nach Kenntnis der Bundesregierung eine völkerrechtsvertragliche Kündigungsklausel enthalten, und setzt sich die Bundesregierung für eine solche Kündigungsklausel ein (bitte begründen)?
57. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Seit bzw. ab wann sind nach Kenntnis der Bundesregierung welchem Personenkreis aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union konsolidierte Vertragstexte des TTIP-Abkommens zur Einsichtnahme in einem Leseraum zugänglich?
58. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung eine öffentliche Debatte über das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA für notwendig, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Bundesbürgerinnen und -bürger über die Chancen, Risiken und Auswirkungen dieses Abkommens zu informieren?
59. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hielte die Bundesregierung es für hinnehmbar, wenn das Dienstleistungsabkommen TiSA eine so genannte „Ratchet-Klausel“ enthalten würde, die die Rekommunalisierung einmal privatisierter Dienste rechtlich ausschließen könnte, und wie wäre eine solche Klausel aus Sicht der Bundesregierung zu bewerten?
60. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass an den Verhandlungen zum geplanten Dienstleistungsabkommen TiSA kein einziger Staat aus der Gruppe der AKP-Staaten (AKP = Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) beteiligt ist, und welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für den Fall, dass ein umfassendes Dienstleistungsabkommen ohne die Einbeziehung der AKP-Staaten zwischen den beteiligten 22 Staaten und der EU geschlossen wird, für die Entwicklungschancen dieser Länder?
61. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen hat bzw. wird das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA auf den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie haben?

62. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in Hinblick auf die öffentlich gewordene (siehe <https://wikileaks.org/tisa-financial/WikiLeaks-secret-tisa-financial-annex.pdf>), streitige Auseinandersetzung zwischen der Europäischen Kommission und Vertreterinnen und Vertretern der USA bei der Frage der Geltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen in Hinblick auf den Anwendungsbereich des TiSA-Abkommens?
63. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ziel haben der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel oder der Bundesminister der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble in ihrer Rolle als (stellv.) Vorsitzende des KfW-Verwaltungsrates die Finanzierung des Kohlehafens Wiggins Islands in Australien durch die KfW-Tochter IPEX im Rahmen ihrer Verwaltungsratstätigkeit thematisiert, bzw. ist beabsichtigt dies in einer der nächsten Sitzungen zu tun (bitte begründen)?
64. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung Vorschläge zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) vorlegen, und sind weitere Änderungen am Bergrecht geplant?
65. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zur gesetzlichen Regelung zur Förderung von unkonventionellem Erdgas (Fracking) oder Ähnliches vorzulegen, und wenn ja, wann?

